Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses/Sozialausschusses
am Mittwoch, den 15.03.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 17:36 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Abwesend:**CDU**

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Christian Krieg

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Tagesordnung

=====

- 1** Netzwerk Inklusions- und Elternberatung - Unterstützungssystem für die Kindertageseinrichtungen in Schwäbisch Gmünd
- 2** Weiterentwicklung Jugendsozialarbeit an Schulen – Antrag auf Fortführung, Aufstockung und Einrichtung von Schulsozialarbeit an den Schwäbisch Gmünder Schulen
- 3** Erweiterung Kindergarten „Rappelkiste“ in Schwäbisch Gmünd – Zimmern zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
- 4** Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse
- 5** Nighttime-Economy - Erfahrungen aus der Partnerstadt Barnsley
- 6** Vorstellung der Kampagne "nachtsam"
- 7** Bekanntgaben
- 7.1** Auftragsvergabe Aspen
- 8** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Netzwerk Inklusions- und Elternberatung - Unterstützungssystem für die Kindertageseinrichtungen in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 028/2023**

Protokoll:

Herr Arnholtz führt in den Sachverhalt ein.

Frau Geiger präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man mit dem Modell auch in der Trägerkonferenz gewesen sei. Es sei positiv angekommen.

Stadträtin Risel/CDU bedankt sich für die Präsentation. Man freue sich, dass Mittel für andere Schwerpunkte frei werden würden. Die Herausforderung, die bestehe, sei, dass die Gesellschaft heterogener werden, auch in der ganz jungen Altersgruppe. Es würden immer mehr Kinder ohne Deutschkenntnisse, teilweise mit Gewalterfahrungen, aus Kriegsgebieten in den Einrichtungen sein. Man sehe das Konzept als gelungen an und wolle, dass auch die Kinder mit herausfordernden Verhaltensweisen gut integriert werden. Eine große Herausforderung sei der Fachkräftemangel. Die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, ein Kind auf dem Weg der Bildung zu verlieren. Man brauche jedes Kind in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Aber auch die Eltern würden auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, daher nehme die Kinderbetreuung einen hohen Stellenwert ein. Der Fachkräftemangel sei auch bei den Erziehern angekommen, diese suche man händeringend. Wenn diese mit den Kindern überfordert seien und nicht unterstützt werden würden, würden diese auch fehlen. Man müsse schauen, dass die Erzieher fortgebildet werden würden und einen Ansprechpartner hätten. Das Konzept sei daher gut durchdacht, da alle Kitas vom Netzwerk profitieren, sowohl Kinder, Eltern, als auch Erzieher. Es sei daher gut investiertes Geld. Man brauche bei der Verwaltung die koordinierende Stelle. Man werde zustimmen.

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Sprachförderung nicht mehr notwendig sei oder ob die Kürzung aufgrund von Doppelstrukturen zustande komme. Er erkundigt sich, wie hoch die Chance sei, einen Sprachkindergarten zu bekommen. Er habe hierzu bereits mehrere Versuche gestartet, leider ohne Erfolg. Er hätte sich außerdem eine Kooperation mit der Caritas gewünscht und hoffe, dass dies in der Zukunft zustande komme, um keine neuen Doppelstrukturen aufzubauen. Wichtig sei auch, die Sonderpädagogen in Förderschulen mit einzubinden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Canisius ein Akteur unter vielen sei.

Herr Arnholdt äußert, dass man das Angebot gerne wahrnehme. Man habe eine Lösung vorgeschlagen, die trage. Man sei mit den Schulen und auch mit dem Canisius-Haus im Austausch. Man müsse am Thema bleiben und müsse es fördern. Man müsse versuchen, etwas auf Landesebene zu erzielen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass Kitas zu Brennpunkten geworden seien und vor großen Herausforderungen stehen würden. Wichtig sei, dass man die Probleme spätestens in den Kitas kläre. In den Schulen sei es zu spät. Ansonsten werde es zu einer Reparatur und nicht zu einer Problemlösung vor Ort. Man werde dem Konzept zustimmen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass die Herausforderungen komplex seien. Die Beseitigung der Probleme sei nicht einfach, aber man müsse sich dem stellen, ansonsten verschärfe sich die Lage weiter. Man brauche jede einzelne Kraft dringender denn je, v.a. im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Man freue sich, dass die Verwaltung den Antrag offen aufgenommen habe. Er spricht einen Dank an die Mitarbeiter aus. Es müsse bei den Mitarbeitern auch honoriert werden. Ansonsten habe man langfristig eine Fluktuation. Kitas seien in aller Regel die ersten Bildungsanlaufstellen für Kinder. Es benötige die nötigen Ressourcen. Wenn man das verpasse, ziehe sich das weit in das Grundschulalter hinein. Es verstreiche dann wertvolle Zeit. Kinder würden sich auch ausgegrenzt fühlen, es würden sich dramatische Parallelstrukturen bilden. Hier brauche es dringend ein Gegensteuern. Die Eltern müssten auch mit ins Boot genommen werden. Mit der Passivität seitens der Landesregierung sei man nicht einverstanden. Die Landesregierung könne sich nicht zurücklehnen. Kitas sollten kostenfrei werden. Alle sollten ein großes Interesse haben, den Kindern die besten Voraussetzungen zu bieten. Aber auch der Landkreis müsse sich engagieren, beim Thema Inklusion solle mehr passieren. Die Deckelung der Schulkindergärten sei nicht nachvollziehbar, Schwäbisch Gmünd brauche diese Einrichtung ebenfalls. Ob 1,5 Stellen für den Fachdienst ausreichen würden, werde sich zeigen. Gut sei aber, dass man nun starte.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es immer vielschichtiger werde. Es seien viele Nationen, die zu uns kommen würden. Es sei Handlungsbedarf vorhanden. Netzwerke und Eltern einzubinden sei daher sehr wichtig. Auch die Sprachförderung sei sehr wichtig. Es sei wichtig, dass bereits im Kindergarten etwas passiere, in der Schule sei es zu spät.

Herr Arnholdt antwortet, dass die Sprachförderung nicht aus dem Fokus verloren sei. Man habe damals zusätzliches Personal in die Kitas gegeben. Mittlerweile gebe es das Konzept der alltagsintegrierten Sprachförderung, man bilde die Fachkräfte in allen Einrichtungen aus. Es sei Tagesgeschäft.

Frau Geiger ergänzt, dass es die Kolibri-Landesförderung gebe. Diese Fachkraft sei der Sprachhelikopter in der Einrichtung. Jede Fachkraft verantworte Schlüsselsituationen. Es ziehe sich durch den ganzen Tag.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass die Fraktion damit einverstanden sei. Jeder Euro, der in die Sprachförderung und Kita-Kinder investiert werde, sei wichtig. Sie erkundigt sich, wie man sich die Elternbegleitung und Erziehungshilfe vorstellen müsse.

Frau Geiger äußert, dass es niederschwellig in der Kita stattfindet. Es würde thematische Elternangebote geben.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die Eltern das Angebot auch annehmen würden.

Frau Geiger antwortet, dass es nicht alle annehmen würden, manche aber schon. Es brauche viel Zeit und Vertrauen.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich, ob die städtischen Kindergärten eine Kooperation mit dem St. Loreto hätten.

Herr Arnholdt äußert, dass man sehr eng mit dem St. Loreto in Verbindung stehe.

Frau Kuhn/Pestalozzischule ergänzt, dass die Fachkräfte in allen Einrichtungen tätig seien. Es gebe die Frühberatungsstelle, eine Kooperation mit dem St. Loreto sehe sie nicht in erster Linie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das dargestellte Rahmenkonzept Inklusions- und Elternberatung in Schwäbisch Gmünder Kindertageseinrichtungen umzusetzen.
2. Die hierzu notwendigen Haushaltsmittel für Fortbildungen und 1,5 Stellen Fachdienst werden zur Verfügung gestellt.
3. Die im bisherigen Gmünder Sprachfördermodell bereitgestellten finanziellen Ressourcen für 4,6 Personalstellen werden zukünftig für das Netzwerk Inklusions- und Elternbegleiter verwendet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:40
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Weiterentwicklung Jugendsozialarbeit an Schulen – Antrag auf Fortführung,
Aufstockung und Einrichtung von Schulsozialarbeit an den Schwäbisch
Gmünder Schulen
Vorlage: 002/2023**

Protokoll:

Herr Arnholdt stellt den Sachverhalt vor.

Stadträtin Risel/CDU führt aus, je unterschiedlicher die Menschen seien, desto mehr Spannungen gebe es. Es sei daher an jeder Schule gerechtfertigt, eine Schulsozialarbeit zu haben. Es gebe immer mehr Spannungen und Konflikte. Der Umgang mit sozialen Medien spiele bei Kindern eine große Rolle.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man sich intern ebenfalls diese Frage gestellt habe. Es stelle sich die Frage, was die Ursache sei. Soziale Medien habe es vor zehn Jahren in dieser Form noch nicht gegeben. Wie könnten die Schulen die Kinder fit machen und es steuern? Man müsse einen souveränen Umgang damit lernen. Es gebe konkrete Hilfebedarfe. Man müsse schauen, dass man den Kindern die bestmöglichen Startchancen biete.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass es früher verhaltensgestörte, dann verhaltensauffällige, dann verhaltenskreative Kinder gegeben habe und nun Kinder mit herausfordernden Verhaltensweisen gebe. Es würde jetzt auf die Schulen und Kindergärten abgeladen. Dies sei das Problem, das sich einem stelle. Die Einrichtungen müssten Probleme lösen, die sie nicht verursachen würden. Fakt sei, dass es keine Alternative zur Aufstockung der Schulsozialarbeit gebe. Das Land müsse den Klassenteiler in den Schulen und Kitas heruntersetzen. Dies sei jedoch nicht der Fall, er sehe daher keine Alternative. Man werde zustimmen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass man die Schulsozialarbeit brauche, um Lehrer zu entlasten. Man werde zustimmen. 500.000 Euro seien gut angelegtes Geld. Er erkundigt sich, warum einige Schulen keinen Antrag gestellt hätten.

Herr Arnholdt äußert, dass es die Förderung nur gebe, wenn die Schulsozialarbeit zu mind. 50 Prozent an der Schule tätig sei. Manche Schulen seien nicht groß genug. An diesen Schulen könnten Präventionsangebote passgenau zugebucht werden, dies würde auch genutzt werden.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE führt aus, dass die Schulsozialarbeit ein Qualitätsmerkmal der Schulen und ein unverzichtbarer Bestandteil des Bildungssystems sei, es sei eine umfassende Unterstützung der Schulen. Dies unterstreiche den Bedarf und die Ernsthaftigkeit, wie die Verwaltung an die Sache herangehe. Das Land solle sich stärker engagieren. Man unterstütze die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Schulsozialarbeit ein Erfolgsmodell sei, seit man sie eingeführt habe. Jedes Kind und jeder Jugendliche würden davon profitieren. Die Herausforderungen würden immer vielschichtiger werden. Die Mediennutzung komme hinzu. Es sei daher wichtig, dass man Geld in die Hand nehme und alle mit ins Boot nehme. Es sei dringender Handlungsbedarf vorhanden. Sie signalisiert Zustimmung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass das Geld in die Schulsozialarbeit gut investiert sei. Wenn die Gesellschaft immer mehr verrohe, dann könne man messen, wie wichtig es sei, dass Schulsozialarbeit in Brennpunkten stattfinde.

Frau Maschka-Dengler/Geschäftsführende Schulleiterin betont, dass die Schulsozial-

arbeit inhaltlich sehr stark sei und diese den Lehrkräften und Kindern an den Schulen sehr helfe. Die Situation habe sich in den letzten drei Jahren, v.a. auch durch die Corona-Pandemie, verstärkt. Es sei schwierig, allen gerecht zu werden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:40
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Erweiterung Kindergarten „Rappelkiste“ in Schwäbisch Gmünd – Zimmern
zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
Vorlage: 039/2023**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

zu 4 Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt. (siehe Anlage).

Stadträtin Cynthia Schneider/DIE LINKE führt aus, dass durch die Corona-Pandemie verstärkt mobil oder im Home Office gearbeitet worden sei. Die Endkunden, d.h. die Arbeitnehmer, würden die Energiekosten nun tragen müssen. Dem einen oder anderen entgleise der Boden unter den Füßen. Auch kleine Imbisse würden von den Kosten überrascht werden, Schließungen würden drohen. Viele seien nicht bereit zu sagen, dass sie Hilfe benötigen. Es werde eine große Herausforderung werden. Man müsse schauen, wie man sich gegenseitig schütze und stütze. Es sei gut, dass man das Thema behandle.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man nur durch mehr Energie niedrigere Preise bekommen werde.

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man sparen müsse. Noch mehr Energie zu bekommen, werde schwierig. Daher müsse man einsparen, diesen Hebel müsse man überall ansetzen.

Herr Ernst erläutert, dass man einige Ausgaben tätigen müsse. Dies führe alles nicht zu günstigeren Strompreisen. Die Stromnachfrage werde durch die Wärmepumpe steigen, Angebot und Nachfrage würden den Preis regulieren. Man habe die Gasspeicher zu Höchstpreisen aufgefüllt. Das, was nun gelagert sei, habe ein extrem hohes Preisniveau. Diese Faktoren würden nicht für günstigere Preise sorgen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Problematik weitergehe und durch Sparen nicht gelöst werde. Man solle vom Gas weg und umstellen. Es sei eine Enteignung durch die Hintertür. Es sei für viele Rentner schwierig. Diese sollten auf neue Systeme umstellen, hätten kein Geld mehr. Wo bleibe die Sozialkomponente? Dies müsse man allgemein an die Politik herantragen und bedenken. Die Technik müsse auch bezahlbar sein.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Rahmenbedingungen. Dies müsse die Kommission aufgreifen.

Herr Ernst stellt die Frage, wer die Wärmepumpen einbauen solle, v.a. im Hinblick auf den demografischen Wandel. Die Wärmepumpen seien dann nur der Anfang. Man brauche 10 Mio. neue Bäder. Hier stehe man in Konkurrenz mit den Heizsystemen. Wenn die Sanierung des Gebäudebestandes verordnet werde, wer solle dies bewerkstelligen?

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, wie viele alte Ölheizungen im Stadtgebiet vorhanden seien. Für die Förderanträge des Bundes solle die Stadt Informationen für die Bürger bereitstellen. Wichtig sei, dass man den Bürgern die Ängste nehme.

Herr Ernst antwortet, dass man im Rahmen der Wärmestudie die Kernstadt und die Teilorte untersucht habe. Man habe Teilorte, in denen es keine Gasversorgung gebe, bspw. in Weiler, Rechberg und Degenfeld. Dort würden alle Heizungen mit Öl oder Holz bzw. die neueren Häuser mit einer Wärmepumpe laufen. Die Hälfte des Gebäudebestandes sei 30 Jahre oder älter. Hier würden die alten Heizungen sitzen. Man werde nun testen, was eine Wärmepumpe in einem nicht-sanierten Haus leiste.

Stadträtin Cynthia Schneider/DIE LINKE äußert, dass es sich so einfach anhöre, dass man verzichten solle. Sie widerspricht diesem Argument deutlich und führt als Beispiel eine alleinerziehende Mutter an, die evtl. aufgrund der Corona-Pandemie in Kurzarbeit gewesen sei und nun auch Steuern nachzahlen müsse. Diese solle sich nun überlegen, ob sie energetisch saniere oder wie sie sparsamer durch Verzicht lebe. Die Bürger seien so weit, dass sie sparsamer mit der Energie umgehen. Die Einsparungen könnten dies jedoch nicht aufwiegen, auch nicht durch Verzicht. Die Frage sei auch, was man sich gesellschaftlich antue. Im Winter habe man eine Krankheitswelle aufgrund der Erkältungen gehabt. Nur zu sagen, dass es der Verzicht löse, stimme definitiv nicht.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass es für viele Haushalte nicht leistbar und eine Katastrophe sei. Das eine sei die Stundung, aber irgendwann müsse es bezahlt werden.

Man müsse schauen, wie man die Probleme lösen könne.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man schauen müsse, dass man niedrigere Energiepreise bekomme. Hier helfe auch kein Verzicht. Man lebe von der Produktion und dies mache den Wohlstand aus.

Erster Bürgermeister Baron weist auf den Wohnungsnotfallhilfefonds hin.

Stadtrat Sopp/CDU äußert, dass es große Investitionen seien, die auf die Leute zukommen würden. Es seien 10.000€, wenn nicht sogar 100.000 Euro. Man müsse die Heizung austauschen, Fassade, Keller und Dach dämmen und eine PV-Anlage installieren. Die Preise würden noch weiter steigen. Was mache eine Familie mit 60 kurz vor der Rente? Diese müsse ihr Haus verkaufen. Dies sei ein Skandal und dies dürfe nicht sein und man müsse das Wolkenkuckucksheim kritisieren, dass auf Bundesebene gebaut werde.

Herr Ernst äußert, dass Neubauten nicht mehr erschwinglich seien, daher seien viele Personen in den gebrauchten Immobilienmarkt gegangen. Das Geld reiche bei vielen nun nicht mehr für die Sanierung aus. Er weist auch darauf hin, dass die Firma Schüle Druckguss einen hohen Gasverbrauch habe, dieser sei höher als für Gesamt-Schwäbisch Gmünd.

Stadträtin Cynthia Schneider/DIE LINKE unterstreicht die Aussage von Stadtrat Sopp. Auch die Inflation und der Arbeitsplatzabbau wegen Verlagerung sei ein Thema. Es gehe nicht um Personal-, sondern um Energiekosten.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke, 13
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Nighttime-Economy - Erfahrungen aus der Partnerstadt Barnsley**

Protokoll:

Frau Klamann präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man eine sehr lebhaftere Stadt habe. Es sei in aller Interesse, dass man eine sichere Stadt habe. Man müsse sich in Zukunft auf eine veränderte Ausgegessenheit einstellen. Die Energiepreise würden auch die Konsumenten der Gastronomie belasten. Die Bürger hätten nicht viele Möglichkeiten, wo man einsparen könne, man verzichte dann beim Ausgehverhalten oder beim Urlaub. Man müsse neue Wege gehen und müsse schauen, dass man attraktiv bleibe.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man Anreize und Schwerpunkte setzen müsse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 41

zu 6 **Vorstellung der Kampagne "nachtsam"**

Protokoll:

Frau Heer stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Fritz/DIE LINKE findet es eine tolle Aktion.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, wie man die Ansprechpartner erkenne.

Frau Heer antwortet, dass es Aufkleber gebe. Die Servicekräfte seien sensibilisiert und geschult.

Herr Barth findet es ebenfalls eine gute Aktion. Er betont jedoch, dass auch bisher jedem geholfen werde. Ihm sei kein Vorfall bekannt, in dem nicht geholfen worden sei. Mit der Zertifizierung mache sich die Stadt attraktiver und sicherer.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 1.02

zu 7 **Bekanntgaben**

zu 7.1 **Auftragsvergabe Aspen**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass man die Firma Dress und Sommer mit der Ausarbeitung der Vermarktungsstrategie für Aspen beauftragen werde, diese werde im Juni/Juli fertig sei. Die Ausarbeitung der Vorlage koste 89.300 Euro.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4

zu 8 Anfragen

Protokoll:

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: